



Vorlage-Nr.: **3648-2023/DaDi**

Fachbereich: Fraktionslose im Kreistag Darmstadt-Dieburg
Bischoff, Werner

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024 – Endlich eine kreiseigene gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft gründen – Antrag Abg. Bischoff (fraktionslos)**

Beschlussvorschlag:

1. Für den Haushalt 2024 Mittel von angenommenen 23 Mio (pro Kommunen 1 Mio.) zur Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbau Wohnungsbaugesellschaft auf gemeinnütziger Basis in Höhe von max. 23 Mio bereit zu stellen.
2. Einen entsprechen Fachbereich zu gründen, um den Kommunen bei den Planungs- und Ausschreibeverfahren, den Beantragung von Mitteln für den sozialen Wohnungsbau.z.b. aus dem europäischen Sozialfonds für den sozialen Wohnungsbau im unteren Preissegment behilflich zu sein. Angestrebt werden hierbei die angemessen Kaltmieten für den evtl. Bau des sozialen Wohnungsbaus im Landkreis Darmstadt Dieburg
3. Kommunen im Landkreis , die sich nicht an dem Bieter- und Bauwettbewerb beteiligen erhalten auch keine geschätzte 1 Mio. Zuschuss. Natürlich werden die max. 1 Mio. pro Kommune auch unter Berücksichtigung der Einwohnerzahlen der Kommunen vom Landkreis gewährt.Über die Höhe eines evtl. Zuschuasses wird noch gesondert entschieden

Begründung:

Auf Einladung durfte ich auf der Landesarmutskonferenz Rhein Land Pfalz am 30.09. in Mainz teilnehmen.

Dort sagte der Sozialminister von Rheinland Pfalz Albert Schweitzer (SPD) folgendes..:

„Er forderte die Landkreise auf eine kreiseigene gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft zu gründen. Landkreise hätten um ein vielfaches bessere Möglichkeiten Mittel für den sozialen Wohnungsbau zu beantragen. Er sprach davon dass Mittel des europäischen Sozialfonds hierfür gar nicht abgerufen worden seien.

Landkreise hätte auch viel bessere Möglichkeiten in der Frage inklusiver und nachhaltiger Wohnungsbau erheblich bessere Baubedingungen für die beteiligten Kommunen zu erzielen.“-so weit der SPD Sozialminister Schweitzer aus Rheinland Pfalz.

Im Landkreis Darmstadt Dieburg wurde ein solche Begehren de Kreistagsmitgliedes der Linken- Werner Bischoff- stets damit abgelehnt, dass sich die Kommunen nicht an einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft beteiligen und auf die max.. 1 Mio verzichteten.

Die Mittel in Höhe von max 23 mio: sollen durch eine Vermögenssteuer (Aussage Sozialminister aus Rheinland Pfalz „ 75 % der Bevölkerung wünschen sich einen Vermögenssteuer“)-durch Maßnahmen aus den Sondervermögen,Beteiligungen und Zweckverbänden in Höhe von 3 Mio. jährlich - und nach Rücksprache mit dem RP um eine Senkung der Kreisumlage von derzeit 36,58% und durch eine optimierte Bezuschussung von Mitteln für den sozialen Wohnungsbau – wie dem europäischen Sozialfonds – erzielt werden.

Ich fordere den Kreistag Darmstadt Dieburg zum wiederholten Male auf,drohende Vorhaben wie das einer gemeinnützigen Baugenossenschaft Da/Di politisch heute abzulehnen. Diese Politik gegenüber dem bezahlbaren Wohnraum muss endlich beendet werde.. Das Wachstumsgesetz als Beispiel der Ampel wird weiter die bürgerfeindliche Politik gegenüber den Kommunen verstärken. Im Landkreis Darmstadt Dieburg fehlen 1418 Wohnungen – so das DE.Die Anzahl sozialer Wohnungen ist in Hessen erheblich gesunken. So sind alleine in Hessen die Sozialwohnungen von 123 000 auf 80 000 gesunken – Tendenz fallend.

Politische Aktivitäten in Bezug auf Wohnraum sind nicht damit beendet, dass man in Groß Umstadt eine Fachstelle Wohnbauförderung gegründet hat.

Besonders im Ostkreis wird die Wohnungsnot immer größer.Während in vielen Kommunen Luxus und Eigentumswohnungen entstehen, fehlt es an bezahlbaren Wohnraum zu Preisen der angemessenen Kaltmieten des Landkreises Darmstadt Dieburg. So kann das nicht mehr weiter gehen.

Der Kreistag wird aufgefordert, sich dem Beispiel des Sozialministers aus Rhein Land Pfalz zu folgen.

Der Kreistag Darmstadt Dieburg wird aufgefordert , diesem sozialpolitischen Antrag zuzustimmen. Alles weitere in der Kreistagssitzung am 11. Dezember.